



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 231

Wilhelmshaven

November 2007

Nun kommt's aber dicke!

Wilhelmshaven setzt auf die schmutzige Karte: Klimakiller im Großeinkauf – Seite 3 bis 6



Klima

Die Stadt Wilhelmshaven hat es verdammt eilig, dem Energieriesen Electrabel zu Diensten zu sein. Ohne große Diskussion unterschreibt die Stadt einen Partnerschaftsvertrag und will sich künftig in allen Äußerungen von der Kohleindustrie leiten lassen. Auf Seite 3 finden Sie einige Knackpunkte des Vertragswerkes.

Wilhelmshavens Bestimmung ist es wohl, ewige Großbaustelle für Großprojekte zu sein, die letztendlich scheitern, weil man sich übernommen hat oder mal wieder blind für die Zeichen der Zeit ist. Auch auf Seite 4 geht es um Kohlekraftwerke und Kohlehaldden.

Die Stadt informierte die BürgerInnen über die Planungen auf dem Rüsterseiler Groden. Auf Seite 6 heißt es "Alles im grünen Bereich".

Ebenfalls auf Seite 6 berichten wir über die geplante Gründung einer Bürgerinitiative gegen die Kohlekraftwerke.

Aus der Schule plaudern wir in dieser Ausgabe auf Seite 7.

Die Wilhelmshavener Bürgerinitiative gegen zu hohe Energiepreise befindet sich weiterhin auf Konfrontationskurs zur GEW. Immer mehr WilhelmshavenerInnen informieren sich bei der BI über mögliche Handlungsalternativen. Wir berichten auf Seite 8 von der letzten Sprechstunde.

In unserer Rubrik Hartz IV und Recht informieren wir auf Seite 10 über zwei Urteile zum Thema Klassenfahrten.

In höchsten Tönen wurde die Aufführung der Landesbühne "Der Kaufmann von Venedig" in der örtlichen Presse gelobt. Ob sich der Gegenwind in die Reihe der Lobenden einfügt, erfahren Sie auf Seite 11.

Ein Benefiz-Konzert für die Menschen aus Xirathes gab es Ende Oktober im Pumpwerk, am 21. November heißt es dann im Jadedstadion: SV Wilhelmshaven gegen eine Auswahl aus Wilhelmshaven / Friesland. Näheres auf Seite 12.

Titelbild: GRUPPOI635
www.gruppo635.com

internet:www.gegenwind-whv.de

meldungen

Parteiblatt Gegenwind?

“Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.”

So steht es seit über 30 Jahren in der Präambel des Gegenwind.

Aus der Wilhelmshavener Zeitung erfuhren Anfang Oktober nicht nur die GegenwindleserInnen, dass Gegenwind-Mitarbeiterin Anette Nowak sich bei den niedersächsischen Landtagswahlen um ein Direktmandat für die Partei Die Linke bewirbt.

Die Landesliste der Partei steht inzwischen, und Anette fand sich auf Platz 17 dieser Liste wieder. Damit ist erst einmal ziemlich gewiss, dass sie dem Gegenwind für die nächsten Jahre erhalten bleibt.

Innerhalb der Redaktion haben wir dann natürlich die Frage diskutiert, ob es möglich ist, Mitglied einer Partei zu sein und gleichzeitig parteiunabhängige Arbeit für den Gegenwind zu machen. Auch wenn wir bisher nicht viel Erfahrungen mit Parteimitgliedern haben (nur ein weiteres Redaktionsmitglied gehört einer Partei an – der SPD), sind wir überzeugt davon, dass Anette auch in Zukunft den Gegenwind nicht als Verlautbarungsorgan einer Organisation ansehen wird. Und ansonsten sind wir anderen Redaktionsmitglieder ja auch noch da! (red)

Die Bahn kommt

- irgendwann...

20. Oktober. Gestern war der letzte Schultag vor den Herbstferien. Und nun: Nichts wie raus aus Wilhelmshaven! Das haben sich offenbar 150 bis 200 Menschen aus Wilhelmshaven gedacht, und sie wollen 7:44 Uhr mit der Nordwestbahn in Richtung Oldenburg und weiter starten. Normalerweise steht der Zug schon auf Gleis 1, wenn man irgendwann zwischen Viertel nach sieben und planmäßiger Abfahrt am Bahnhof ankommt. Aber erst gegen halb acht fangen die ersten Wartenden an, abwechselnd auf die Uhr und nach Westen zu spähen, und zwar von Minute zu Minute nervöser. Schließlich ist es lausig kalt an diesem frühen Morgen. 7:50 Uhr fangen die ersten an, sich ernsthaft Sorgen zu machen. Länger als 10 Minuten wird der Anschlusszug in Oldenburg nicht warten... 8:00 Uhr: Da der Zug noch nicht einmal da ist, kann man schnell noch zu Combi, Zigaretten oder etwas zu trinken holen. 8:10 Uhr: Kann man sich denn irgendwo erkundigen, was los ist? Aber der Schalter öffnet erst um 9 Uhr, und weit und breit ist kein Beschäftigter der Bahn zu sehen. 8:14 Uhr, präzise eine halbe Stunde nach dem ausgewiesenen Abfahrtszeitpunkt, ertönt endlich das charakteristi-

sche Knacken und Knistern vom Lautsprecher, und eine verschlafene Stimme informiert die verhinderten Passagiere: “Achtung, Reisende an Gleis 1! Der Zug nach Osnabrück, planmäßige Abfahrt 7:44 Uhr, fährt heute wegen eines technischen Problems nicht.” – Äh! ... Das hätten wir ja ohne diese Ansage gar nicht gemerkt! (noa)

Grasgeflüster

Schade! Für den ersten der “zwei Abende für Frauen” kommt diese GEGENWIND-Ausgabe zu spät aus der Druckerei. Aber vielleicht können wir noch die eine oder andere Frau zum Besuch des zweiten dieser Abende motivieren.

Seit drei Jahren besteht der Arbeitskreis “Frauen und Gesundheit” mit den Mitgliedern Anett Jochens (Gesundheitsamt/Gesundheitsförderung), Annemarie Hellwig (Altenhilfe/Besuchsdienst), der Gleichstellungsbeauftragten Ellen Wolbergs und Cathrin Schultz von Pro Familia. Ein, zwei Veranstaltungen im Jahr führen die vier Frauen mit Erfolg durch. Und in diesem Jahr ist die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ausgerichtete “Herzwoche” vom 10. bis 17. November ihnen der Anlass für die zwei Frauenabende.

Was man früher von den Magengeschwüren glaubte, nämlich, dass sie ein typisches Männerleiden seien (was schon lange nicht mehr stimmt), glauben heutzutage viele von Herz-Kreislauferkrankungen. Und auch hier trifft die Meinung nicht zu: Sie tragen bei Frauen mit ca. 52 % stärker als bei Männern (ca. 43 %) zur Gesamtsterblichkeit bei. Und z.B. der Herzinfarkt birgt für Frauen ein erheblich größeres Sterberisiko als bei Männern: An den Folgen eines Infarkts sterben 18 % der Frauen noch im Krankenhaus, aber nur 9 % der Männer. Und da die Symptome eines Herzinfarktes oft fehlgedeutet werden, tut Aufklärung not.

Dazu referierte am 12. November Frau Dr. Götting aus Quakenbrück im Reha-Zentrum unter dem Titel “Frauenherzen schlagen anders”, und weil Referate, egal wie gut die Referentin ist, von vielen als nicht allzu verlockend eingeschätzt werden, gab es im Anschluss daran unter dem Motto “Ick will wat Feinet” Rezepte, Anekdoten und Chansons von Marlene Dietrich, präsentiert von der Schauspielerin Sibylle Hellmann und dem Musiker Thomas Denker.

Diesen Abend haben wir leider verpasst. Aber eine Woche später, am Montag, 19. November, gibt es den zweiten Abend für Frauen, und zwar im Kinoplex. Ab 19.30 Uhr lädt die AG “Frauen und Gesundheit” zum Sektempfang ein, und ab 20 Uhr läuft die Komödie “Grasgeflüster”. Und die Ankündigung für diesen Film klingt wirklich viel versprechend: Nach dem Tod ihres untreuen Gatten steht Grace vor einem riesigen Schuldenberg. Vorbei ist's mit schicken Teeparties und der Orchideenzucht.

Schlimmer noch: Schon bald klopfen die rabiaten Gläubiger des Verstorbenen an ihre Tür und drohen mit Enteignung.

Doch Grace wächst in ihrer Not über sich hinaus, verwandelt ihr Gewächshaus mit Hilfe ihres Gärtners Matthew in eine Haschplantage und macht sich anschließend auf den Weg in die Londoner Unterwelt, um aus Gras Kohle zu machen. Empfehlenswert! (noa)

Die LINKE.Wilhelmshaven gegründet

Am 17. Oktober hat sich der Kreisverband Wilhelmshaven der Partei DIE LINKE konstituiert. Zur gleichen Zeit gründete sich ebenfalls der Kreisverband Friesland. Am 20. Oktober wurden beide Kreisverbände vom Landesauschuss der LINKEN bestätigt, und der Kreisverband Wittmund, der dabei übrig blieb, gleich mit.

Wir hatten in der Juni/Juli-Ausgabe von den Geburtswehen der neuen Partei in unserer Region berichtet (sh. “Vorhang auf” in GW 228). Statt dreier eigenständiger Kreisverbände in den drei Kreisgebieten wurde im Juli zunächst mal der “KV Wilhelmshaven mit den Landkreisen Friesland und Wittmund” gegründet. Mit der stolzen Zahl von über 100 Mitgliedern war er der zweitgrößte in Niedersachsen.

Doch die Fläche, die er abdeckte, ist halt auch sehr groß, und so erwies es sich als schwierig, effektiv zu arbeiten. “Drei Zwerge aufeinander ergeben keinen Riesen”, so drückte es ein friesisches Mitglied flapsig aus. Und da die Wahlkreise für die bevorstehende Landtagswahl eben die Landkreise sind, folgten den Kreiswahlversammlungen am 29.09., auf denen die DirektkandidatInnen gewählt wurden (Anja Kindo für den Wahlkreis Friesland, Bernd Mayer für den Wahlkreis Wittmund und Anette Nowak für den Wahlkreis Wilhelmshaven), bald die Ausgründungsversammlungen.

Günther Hoppe, Roland Klein, Anette Nowak, Bernd Ramien und Siegrid Schermer stehen gleichberechtigt dem Kreisverband Wilhelmshaven vor. Alle 14 Tage gibt es ein Mitglieder-treffen, bei dem auch interessierte Gäste willkommen sind. Das nächste dieser Treffen wird am 21. November im Büro der LAW (Rheinstraße 96) stattfinden. Vorher schon, am 22. November, wird sich der neue Kreisverband - ebenfalls im LAW-Büro - der Öffentlichkeit vorstellen. (noa)

DIE LINKE.



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 19
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 13.11.2007

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

 Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, diesmal besonders bei Jochen Martin (jm) und Joachim Tjaden (jt), die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Forts. Partnerschaftsvertrag

Das sind alles Zahlen, Studien und Berechnungen, die den Wilhelmshavener BürgerInnen in den letzten Jahrzehnten bis zum Erbreechen vorgelegt wurden. Heute gibt es nur noch ganz wenige Politiker, die auf solche Propagandawerke reinfallen.

Natürlich sollen die Arbeitskräfte in erster Linie aus der Region stammen. Doch da hält sich Electrabel im Partnerschaftsvertrag ein wenig zurück. Formulierungen wie *im Rahmen des rechtlich Möglichen und des wirtschaftlich Sinnvollen oder bevorzugt Anstellungsverträge mit Arbeitnehmern aus der Region Wilhelmshaven abschließen, soweit der Arbeitsmarkt dieser Region dieses zulässt und in angemessenem Rahmen* zieren das Vertragswerk und lassen Electrabel sämtliche Hintertüren offen.

Doch auch hier gibt es wieder ein Zuckerle fürs Volk: *Die KG bzw. Electrabel Deutschland AG werden dazu entsprechende Stellenanzeigen auch in der örtlichen Presse veröffentlichen.* Mit Speck ... siehe oben.

Auch im Umweltschutz wird Electrabel vorbildlich sein. *Selbstverständlich werden alle relevanten gesetzlichen Vorgaben eingehalten. Die zulässigen Immissionsgrenzwerte nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und TA Luft werden in keinem Fall überschritten. Einige gesetzlich definierte Grenzwerte werden deutlich unterschritten.* Das wäre ja noch schöner, wenn hier ein Werk ansiedelt, welches nicht einmal die gesetzlichen Vorschriften einhält! Dabei weiß ja jeder, dass die gesetzlichen Grenzwerte sich immer nur am Stand der Technik und nicht an gesundheitlichen oder ökologischen Erfordernissen ausrichten.

Aber das Geld bleibt in Wilhelmshaven. Unter der Überschrift *Standortgarantie, Steuern* heißt es *Die KG und die Komplementär-GmbH werden ihren für die Besteuerung maßgebenden Sitz der Geschäftsleitung (§§ 20, 10 der Abgabenordnung) in Wilhelmshaven haben und vor Ablauf des Jahres 2022 nicht an einen anderen Ort verlegen. Die KG und die Komplementär-GmbH werden dementsprechend vor Ablauf des Jahres 2022 insbesondere weder Gewinnabführungsverträge mit Unternehmen außerhalb Wilhelmshavens abschließen noch mit solchen Unternehmen ähnliche Regelungen treffen, die dazu führen würden, dass der für die Besteuerung maßgebliche Sitz nach außerhalb von Wilhelmshaven verlegt wird.*

Was im Endeffekt dabei herauskommt, steht da doch eher in den Sternen. □

(Alle kursiv gesetzten Stellen und den Zeitplan haben wir einem uns vorliegenden Entwurf "Partnerschaftsvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und der Electrabel" entnommen. Über etwaige Änderungen im nach Drucklegung unterzeichneten Partnerschaftsvertrag werden wir gegebenenfalls im nächsten Gegenwind berichten.)

Achtung Sackgasse!

Noch in diesem Jahr soll der Rat über die Bebauung des Rüstereieler Grodens mit Kraftwerken und Kohlehalden entscheiden.

(jt/jm) Wilhelmshavens Bestimmung ist es wohl, ewige Großbaustelle für Großprojekte zu sein, die letztendlich scheitern, weil man sich übernommen hat oder mal wieder blind für die Zeichen der Zeit ist.

Die Planungs- und Genehmigungsbehörden haben in Wilhelmshaven mal wieder gut zu tun:

- Änderung des Bebauungsplans JadeWeserPort
- Verlängerung der Autobahn BAB 29 bis zum geplanten JadeWeserPort
- Verlängerung des Nordgleises vom Rüstereieler Groden bis zum Marinearsenal
- Überplanung sowie Bebauung des Rüstereieler Grodens mit bis zu 4 Kraftwerken, Kohlehalden und Gleisanschlüssen
- Ertüchtigung der Niedersachsenbrücke
- Bau des Flüssiggasterminals mit Wärmekraftwerk
- Erweiterung der Raffinerie mit Zubau-Cracker und Kraftwerk
- Verlegung des Kühlwassereinlasses des E.ON-Kraftwerks aus dem Strömungsschatten des geplanten JadeWeserPorts.
- Strukturkonzept Voslapper Groden Süd

Weitere Wünsche der Hafenlobby, die man vorläufig noch beschweigt – die sich jedoch aus der Ertüchtigung der Niedersachsenbrücke ergeben – dürften folgen:

- Vertiefung von Zufahrt und Liegewanne vor der Niedersachsenbrücke für Kohlefrachter bis 17,50 m Tiefgang
 - Anschluss Wilhelmshavens an das Binnenwasserstraßennetz via Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer
- Und wie so oft in der Vergangenheit, so können die Behörden auch jetzt so manche Vorarbeit wieder um- oder gar in den Schornstein schreiben, z.B. die
- Biodieselfabrik auf dem Heppenser Groden
 - Erweiterung, Erneuerung und Ausbau des Chlorchemiekombinats

So bleibt uns wohl auch das inzwischen 35 Jahre alte Chlor-/Natronlaugewerk erhalten, an dessen Chlorgasausbrüche sich sicher noch viele erinnern. Zwar verkündete die Geschäftsleitung des INEOS-Werks mehrfach, dass diese Altanlage durch eine dem heutigen Standard entsprechende ersetzt wird, die kein Quecksilber mehr in die Jade leitet und keines in die Luft pustet; allerdings unter der Bedingung, dass der JadeWeserPort gebaut wird. Aber es ist ja nicht das erste Mal, dass INEOS vollmundige An-

kündigungen unter den Teppich kehrt.

Nachdem der JadeWeserPort genehmigt worden ist, bildet der Rüstereieler Groden den Arbeitsschwerpunkt. Dieser soll die Ansiedlung von Kohlekraftwerken, die Erstellung diverser Kohlehalden sowie den Bau von Gleis-, Straßen- und Förderbandverbindungen ermöglichen.

Mit Nachdruck will die Stadt diese Pläne durch die Ratsausschüsse und den Rat peitschen. Dafür ist für den 21.11.07 schon ein Sitzungsmarathon unter Beteiligung des Bau-, Finanz- und Umweltausschusses sowie des Orsrates, darauf eine Verwaltungsausschusssitzung und abschließend eine Ratsitzung zum Thema "Bebauungsplan 212 Rüstereieler Groden" angesetzt.

Von höchster Stelle ist vorgesehen, dass der Rat noch in diesem Jahr positiv darüber abstimmen wird. Ob unsere kommunalen Volksvertreter ohne Rückkoppelung mit ihren Wählern eine alle Aspekte berücksichtigende und damit sachkundige Entscheidung fällen werden, das ist die Frage! Bislang jedenfalls gab sich unser Rat – was die Offenlegung von Gutachten betrifft – mit Magerkost zufrieden:

Schon am 25.09.2007 wurden die Mitglieder diverser Ratsausschüsse in die Stadthalle geladen und über die Inhalte von Gutachten zum Rüstereieler Groden informiert. Die Gutachten selbst blieben allerdings unter Verschluss. Auch kamen nicht alle Gutachter, sondern nur ein von der Verwaltung ausgewählter Gutachterkreis, der in nicht öffentlicher Sitzung unbequeme Fragen unbeantwortet ließ. Dieser Alibiveranstaltung sollten zwar weitere folgen, folgten aber bislang nicht.



Zeichnung der Stadt Wilhelmshaven aus 2005 - Mittlerweile sind nicht mehr zwei, sondern vier Kohlehalden eingepplant.



Es ist also davon auszugehen, dass die Mehrheit der von uns Gewählten auf unzureichender Informationsgrundlage darüber abstimmen wird, was die Investoren "im Rahmen der Gesetze" alles mit uns anstellen dürfen. Es ist daher höchste Zeit, aktiv in diesen Entscheidungsprozess einzugreifen, denn - so wird man uns einmal vorhalten - wer schweigt, stimmt zu!

Die von der Stadt am 6. November in Voslapp durchgeführte Info-Veranstaltung dürfte für die Einbeziehung interessierter Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess kaum ausreichend gewesen sein. Als erstes müssten wir Bürger das einfordern, worauf unsere Ratsvertreter offenbar leichten Herzens verzichten: Die Herausgabe aller Gutachten!

Vor einigen Tagen gab die E.ON bekannt, das umweltfreundlichste Kohlekraftwerk an die Jade bauen zu wollen, und preist dabei den 50%igen Wirkungsgrad des Kraftwerkes als einen enormen Schritt an, umweltschonend Strom aus Kohle zu produzieren.

So weit geht der zweite Ansiedlungsinteressent - die belgische Tochter Electrabel des französischen Energie-, Wasser- und Entsorgungsmultis SUEZ - nicht: Er verkündet in einem Schreiben an unsere Ratsvertreter: *"... Versorgungssicherheit und Klimaschutz gehören für uns zusammen... Für unsere Kraftwerke setzen wir die modernste derzeit zur Verfügung stehende Technologie ein. Damit wird nicht nur ein erheblich höherer Wirkungsgrad - 46 Prozent gegenüber den bisher in Deutschland üblichen 38 - erreicht ... Herkömmliche Steinkohlekraftwerke in Deutschland emittieren auch etwa 20 Prozent mehr CO₂ als unsere Neubauten. Das entspricht einer Einsparung von 900.000 Tonnen CO₂ für ein 800 MW Kraftwerk jährlich ..."*

Doch durch Kraft-/Wärmekoppelung (KWK) in einem Wärmekraftwerk ließe sich allerdings nicht nur wesentlich mehr an Primärenergie einsparen, sondern es ließen sich auch erheblich größere Mengen an Schadstoffemissionen inkl. des Klimakillers CO₂ einsparen.

Ein Kohlekraftwerk – Angaben der Electrabel vom 26. Oktober 2007 - wird jährlich 3.600.000 Tonnen CO₂ in die Luft abgeben. Mit dem zweiten geplanten Block dann schon 7.200.000 Tonnen.

Die EU hat bereits 1997 eine Verdopplung des Anteils der KWK an der Stromerzeugung bis 2010 beschlossen. Auch in Deutschland wurde bereits Ende 1997 von einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur CO₂-Reduktion die herausragende Bedeutung eines KWK-Ausbaus erkannt. Er sollte nach dem damals vorgelegten und von der Regierung beschlossenen Konzept mit 30 bis 60 Millionen Tonnen CO₂-Reduktion den größten Einzelbeitrag leisten, um das Ziel einer CO₂-Reduktion um 25% bis 2005 bezogen auf 1990 zu erreichen. Im Jahr 2000 beschloss die Bundesregierung, dass die KWK bis 2010 einen Beitrag von 23 Millionen Tonnen CO₂-Minderung im Rahmen des Kyoto-Zieles erbringen sollen. Dieses Ziel gilt bis heute. Allerdings zeichnet sich bereits klar ab, dass die bisherigen konkreten politischen Maßnahmen - Steuerbefreiung für KWK im Rahmen der ökologischen Steuerreform und Förderung durch das KWK-Gesetz von 2002 - bei weitem nicht

ausreichen werden, um es zu erreichen.

Rechnen wir auch für die von E.ON geplanten zwei Blöcke mit diesen Werten, würden nur an der Jade 14.400.000 Tonnen CO₂ produziert.

Übrigens: Auf dem jüngsten SPD-Bundesparteitag votierten die Delegierten mit knapper Mehrheit dafür, Kraftwerksneubauten nur noch zu genehmigen, wenn diese mit KWK-Technologie ausgestattet sind. Ob die Wilhelmshavener Delegierten für oder gegen diese sowohl ressourcen- als auch umweltverträglichere Technik der Energieproduktion votiert haben, ist nicht bekannt.

KWK-Werke erreichen einen Wirkungsgrad von bis zu 90%, weil sie die Abwärme als Fernwärme nutzen. Dagegen müssten die von unseren Stadtobere herbeigewünschten Kohlekraftwerke ihre Abwärme in die Jade pumpen oder über Kühltürme an die Umgebungsluft abgeben.

Der geplante zweite E.ON-Kraftwerksblock soll übrigens nicht mit Kühltürmen ausgerüstet werden, sondern das Kühlwasser aus der Jade beziehen. Dabei hatte die E.ON im Planfeststellungsverfahren zum JadeWeserPort schon auf die Kühlwasserprobleme des bestehenden Kraftwerks hingewiesen, die durch den Bau des JadeWeserPort so verschärft würden, dass es im Sommer zu Abschaltungen führen müsste. Die Genehmigungsbehörde hatte daraufhin das Einrammen einer 400 m (!) langen Spundwand in die Jade zur Trennung des aufgeheizten Kühlwasserrückflusses vom Kühlwassereinfluss genehmigt. Als E.ON dann den zweiten Kraftwerksblock ins Spiel brachte, reichte diese Lösung nicht mehr aus. Auf der Veranstaltung am 06.11. in Voslapp wurde von der Stadt endlich schon längst zwischen der E.ON und dem Land Niedersachsen Beschlossenes bekannt gegeben: Der Kühlwassereinfluss soll auf Grund von Untersuchungen der Bundesanstalt für Wasserbau jetzt um ca. einen Kilometer seewärts verlegt werden. Das Kühlwasserproblem der E.ON scheint durch diese kostenträchtige Maßnahme gelöst. Allerdings wird die Jade dadurch weiter aufgeheizt, was die Lebensbedingungen der an den dortigen Meeresgrund gebundenen, d.h. hochgradig spezialisierten und gewiss nicht tropentauglichen Tierwelt erschwert, wenn nicht verunmöglicht.

Wie der Kühlwasseraustausch für die dicht an der Niedersachsenbrücke geplanten Kraftwerksblöcke der Electrabel gehandhabt werden soll, ist noch nicht abschließend bekannt. Auf der Veranstaltung in Voslapp wurde allerdings mitgeteilt, dass der Kühlwasseraustausch über die Jade erfolgen soll. Die schon heute bestehende Wärmebelastung der Jade lässt jedoch vermuten, dass man vielleicht doch Kühltürme bauen muss, die mit 106 dB sehr lärmintensiv sind. Unnötige Konflikte zwischen Mensch und Natur werden also wieder mal programmiert.

Doch schon allein schon durch die Steigerung des Kohleimports von jährlich 1,5 auf 8 Mio. Tonnen würde die Geräuschkulisse ansteigen. Das Umschlaggut Kohle soll in Massenschüttgutlagern zwischengelagert werden. Ein Teil davon soll in den geplanten Kohlekraftwerken vor Ort verfeuert und ein anderer Teil ins Binnenland abtransportiert werden. Der Transport soll per Bahn erfolgen. Die gegenwärtige Bahnlinie verläuft durch den Rüstiersiel Groden nach Westen, biegt

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
VPV-Geschäftsstelle * Tel.: 04421/774543

VPV

VERSICHERUNGSGRUPPE

unmittelbar vor dem Stadtteil Rüstiersiel nach Norden ab und verläuft anschließend zwischen der Wohnbebauung von Voslapp und dem Naturschutzgebiet Voslapper Groden Süd weiter nach Norden. Die Strecke wird bislang kaum genutzt. Mit der Durchfahrt von 700 m langen Güterzügen mit jährlich mehreren Millionen Tonnen Kohle wäre es jedoch mit der gegenwärtig noch relativen Ruhe in Rüstiersiel und Voslapp endgültig vorbei.

Zu dem Lärm kommen weitere Emissionsbelastungen wie Schadstoffe, Staub, Licht hinzu.

- Zusätzliche Emissionsquellen entstehen
- ▶ durch bis zu vier neue Kraftwerksblöcke
 - ▶ auf der Niedersachsenbrücke beim Betrieb zusätzlicher Kräne mit Schütttrichtern und Transportbändern
 - ▶ beim Fördertransport zu und der Aufschüttung in zunächst zwei Schüttgutzwischenlagern - jeweils ca. 830 m lang und 110 m breit - für weitere Kraftwerke und den Abtransport ins Binnenland
 - ▶ bei der Umladung von den Zwischenlagern auf die Förderanlagen zu den geplanten Kraftwerken
 - ▶ beim Beladen der Güterwaggons für den Abtransport ins Binnenland
 - ▶ beim Schienentransport ins Binnenland

Doch die Stadt behauptet, dass es an keiner Stelle in Wilhelmshaven zu Problemen kommen wird. Leider kann sich wohl niemand Gegengutachten in Millionenhöhe leisten. Und seltsam scheinen schon mal einige Lärmwerte der Gutachter, die nach dem Bau der Kraftwerke, der Kohlehalden und dem dazugehörigen Ausbau der Niedersachsenbrücke zu geringeren Lärmbelastungen kommen, als die gleichen Gutachter schon vor Jahren ohne diese Kraftwerke errechnet haben.

Für die Gutachter - glaubt man ihren Ausführungen - halten sich diese Belastungen für Mensch und Natur im gesetzlich erlaubten Rahmen, wobei schon der gesetzliche Rahmen den Menschen einiges zumutet (und seine Einhaltung kaum zu gewährleisten ist). Nicht zu vergessen sei zudem die Vielfalt der seltenen und bedrohten, aber glücklicherweise bei uns noch existierenden Tier- und Pflan-

weiter nächste Seite

Fortsetzung Sackgasse

zenarten – trotz der von interessierter Seite aufgestachelten Wut auf den Naturschutz, für die man stellvertretend die Rohrdommel instrumentalisiert hat.

Nun könnte doch tatsächlich jemand auf die Idee kommen, dass neue Kohlekraftwerke den Bürgern auch preiswerten Strom liefern. Weit gefehlt. Der Gewinn wird verbessert, nicht der Preis gesenkt. Hinzu kommt, dass durch den enormen Kohleverbrauch in Asien eine Kohleknappheit schon absehbar ist, was den Preis in die Höhe treiben wird. Hätte man die vielen Milliarden Euro – auch viele Milliarden Steuergelder – für die Weiterentwicklung von alten Energietechniken in die Entwicklung umweltschonender Möglichkeiten gesteckt, würden heute Fotovoltaikanlagen preiswert auf unsere Dächer zu bauen sein, Gezeitenkraftwerke gebaut werden, Windenergieanlagen tatsächlich wirtschaftlich sein und der Stromverbrauch vieler Geräte auf ein Minimum verringert sein.

Die Wilhelmshavener Politiker verstecken derweil ihre Unwissenheit wieder einmal hinter bekannten Schlagworten wie "Schaffung von Arbeitsplätzen". Dabei ist es auch hier mit den Arbeitsplätzen nicht so prall: Zwar werden pro Kraftwerksblock 100 Arbeitsplätze (Electrabel gar 110) angekündigt. Diese Anzahl wird aber noch nicht mal im alten, längst abgeschriebenen Block erreicht – dort sind es gerade mal 87. Und bei Kraftwerksbauten werden zudem noch arbeitsplatzsparende Synergieeffekte wirksam.

Auch die Annahme, dass durch den Kohleumschlag viele zusätzliche Arbeitsplätze entstehen würden, ist ein Irrtum: Durch den gegenwärtigen Kohleumschlag (inkl. der Verladung von Natronlauge) an der Niedersachsenbrücke finden lt. Angaben der landeseigenen Hafengesellschaft "Niedersachsen Ports" 28 Mitarbeiter Beschäftigung. Nächstes Jahr sollen neun dazukommen. Mit dem Umschlag an der Niedersachsenbrücke allein könnten sie allerdings kaum ihr täglich Brot verdienen, weil sie maximal sechs Monate im Jahr mit den dortigen Umschlagstätigkeiten ausgelastet werden können. Da die Hafenumschlaggesellschaft "Rhenus Midgard" aber neben der Niedersachsenbrücke auch den Nordhafen betreibt, können sie, wenn an der Niedersachsenbrücke "tote Hose" ist, auch dort eingesetzt werden. Insgesamt wurde angekündigt, die Anzahl der Arbeitsplätze – vermutlich im Jahre 2014, wenn das Umschlagvolumen von 8 Millionen Tonnen erreicht werden sollte – auf 50 zu erhöhen.

Es lohnt sich also, darüber nachzudenken, ob es wirklich von so großem wirtschaftlichen Nutzen für uns Bürgerinnen und Bürger ist, wenn wir die damit einhergehenden Umweltbelastungen unabgewogen schlucken.

Wir sollten uns möglichst auch die Frage beantworten, ob sich unsere Stadt zu den fortschrittlichen Standorten im Sinne nachhaltiger Ressourcen- und Umweltschonung gesellen oder ob sie zukünftig die Rolle als Mahnmal für eine Ressourcen verschleudernde, klimaschädliche Auslauftechnologie übernehmen soll ... □

Alles im grünen Bereich

Auf der städtischen Veranstaltung am 6. November in der Grundschule Voslapp wurden den Anwesenden die Untersuchungsergebnisse aus acht Gutachten bezüglich der Investitionsvorhaben auf den Grodenflächen im Wilhelmshavener Osten mitgeteilt. Die Gutachter waren allerdings nicht zugegen. So übernahmen es drei Herren aus der Stadtverwaltung, den Anwesenden – unter ihnen zahlreiche Ratsmitglieder – zu verklügeln, dass sämtliche Vorhaben keine unerlaubten Schädigungen zu Lande und zu Wasser mit sich bringen. Die Moderation übernahm Oberbürgermeister Eberhard Menzel.

Berichten zufolge hat die Stadt zu einigen Punkten folgendermaßen Stellung bezogen:

- ◆ Die Stadt könne sich sowieso nicht gegen Kraftwerkspläne stellen, da der Rüsterei Groden im Landesraumordnungsprogramm dafür vorgesehen sei.

- ◆ Die Erwärmung der Jade durch den Kühlwasseraustausch würde sich durch die Verlegung der Kühlwassereinlässe 1.100 Meter vor die Deichlinie bis Hooksiel bemerkbar machen, sich aber im unbedenklichen Bereich bewegen. Auf Nachfrage aus dem Publikum wurde bestätigt, dass auch der Bau von Kühltürmen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.

- ◆ Der zu erwartende CO₂-Ausstoß ist für die Stadt kein Thema: CO₂ sei schließlich kein Gift! Auf Nachfrage zur Klimaschädlichkeit wurde erklärt, dass es dazu keine einheitliche Expertenmeinung gäbe.

- ◆ Selbst unter Einbeziehung der weiteren Vorhaben auf den Grodenflächen inkl. des JadeWeserPorts würden die Lärm-, Staub-, Schadstoff- und Lichtbelastungen unter den gesetzlichen Grenzwerten liegen.

- ◆ Beim Binnenlandtransport von Kohle per Bahn ging man von 40 beladenen und 40 Leerzügen à 700 m Länge aus, die gegebenenfalls täglich bei Tag und Nacht über das Industriestammgleis an Rüsterei und Voslapp vorbeirollen.

- ◆ Laut Gutachten sollen sich die Lärmmissionen auch hier im gesetzlich zulässigen Bereich bewegen. Lediglich durch den zunehmenden Straßenverkehr würde es in Voslapp Süd zur Überschreitung der Lärmwerte kommen.

- ◆ Die Stadt plant, in diesem Winter (d.h. wohl außerhalb der Vegetationsperiode) Teile des Rüsterei Grodens zu roden. Und dies, obwohl bislang noch nicht einmal Planfeststellungs- bzw. Bauanträge gestellt worden sind.

- ◆ Fragen zu den finanziellen Vorteilen für die Stadt sowie zu der Schaffung von Arbeitsplätzen wurden nicht beantwortet und auf einen späteren Zeitpunkt verwiesen.

Ob die anwesenden Ratsmitglieder sich durch die Veranstaltung ausreichend für die kommende Abstimmung im Rat präpariert fühlen, ist nicht bekannt. Ein Teilnehmer meinte dazu im Nachhinein, dass er die Gutachter lieber selbst gehört und gefragt hätte und er jetzt auf die Herausgabe der Gutachten warte. (jm)

Bürgerinitiative Kraftwerke in Gründung!

Knapp 50 Personen trafen sich am vergangenen Dienstag im Kreuzelwerk, um sich über die Planungen der Stadt auf den Grodenflächen zu informieren und dazu zu äußern.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Peter Hopp, der neben sich auf dem Podium Denny Rimpl, einen Umwelt- und Energieexperten von Greenpeace, und Joachim Tjaden, einen Kenner der städtischen Planungen, begrüßen konnte.

Denny Rimpl machte in seinem Kurzvortrag deutlich, welche Auswirkungen Kohlekraftwerke auf unsere Umwelt und den Klimawandel haben und verdeutlichte, welche Mengen umweltschädigender Stoffe durch Kohlekraftwerke erzeugt werden.

Nach diesem Vortrag, der schon einige Diskussionen auslöste, stellte Joachim Tjaden den Sachstand der Planungen im Stadtgebiet Wilhelmshaven vor. Danach will die E.ON ein zweites Kohlekraftwerk errichten, für welches schon bei der Ansiedlung des bestehenden eine entsprechende Option eingeplant wurde.

Neben diesen Kraftwerken plane die Electrabel ein weiteres Kohlekraftwerk von 800 MW und wolle sich auch gleich die Option für einen zweiten Block sichern.

Allein für diese Kraftwerke benötige man zwei Kohlehalden. Im Zusammenhang mit der Ertüchtigung der Niedersachsenbrücke würden zwei weitere Kohlehalden erforderlich, von denen die Kohle dann mit Güterzügen abgefahren werden soll.

Zudem plane auch die Wilhelmshavener Raffinerie für den Fall des Ausbaus ein eigenes Kraftwerk mit 700 MW auf ihrem Werksgebiet.

Viele Bürger zeigten in der anschließenden Diskussion ihren Unmut über den knappen Zeitplan, nach welchem der Rat der Stadt schon in wenigen Tagen die entsprechenden Beschlüsse zu den Änderungen des Flächennutzungsplans fassen soll.

Auch dass die Stadt Wilhelmshaven ihre ursprünglich für 14:00 Uhr zum gleichen Thema vorgesehene Sitzung des Bauausschusses mit Bürgerbeteiligung plötzlich in eine reine Bürgerversammlung mit Beginn um 19:00 Uhr umstellte, wurde von den Bürgern mit viel Unverständnis aufgenommen.

Nach einer eingehenden Diskussion waren sich die Bürger darüber einig, dass man sich jetzt schnellstmöglich mit den Planungen vertraut machen müsse, um die Bürgerinteressen selbst zu vertreten. Wilhelmshavener Umwelt- und Bürgergruppen sowie einige den im Rat vertretenen Parteien zuzurechnende Veranstaltungsteilnehmer boten an, der ins Leben gerufenen Gruppe ihre Informationen, die vorliegenden Unterlagen und ihr Wissen zur Verfügung stellen.

Aus den Reihen der Anwesenden wurde schnelles Handeln eingefordert, da besonders vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahl jetzt noch Einfluss auf die politischen Entscheidungen in Wilhelmshaven genommen werden könne.



Aus der Schule geplaudert

Na, Gottseidank!

„Minister sieht Unterricht gesichert“ lautete die Überschrift auf der Niedersachsen-Seite der WZ am 30.08., also zu Beginn des laufenden Schuljahrs. (Dann ist es bestimmt auch nicht so schlimm, dass dauernd Stunden ausfallen, oder?) Die Erklärung: Die Schülerzahlen sinken.

„Einen besonders starken Rückgang verzeichnen die Grund- und Hauptschulen. 42,1 Prozent der ehemaligen Grundschüler wechseln auf Gymnasien, 37,5 Prozent auf Realschulen, 14,9 Prozent auf Hauptschulen und 4,9 Prozent auf Gesamtschulen. Die Nachfrage nach Gesamtschulen ist höher, es gilt aber ein Neugründungsverbot“, so stand es im o.g. Artikel.

Und dann kam am 19.09. auf einmal ein Hoffnungsschimmer: „Wulff lenkt bei Gesamtschulen ein“, hieß es da. Der wahrscheinliche Grund für dieses Einlenken stand gleich im ersten Satz des Artikels: Es war „gut vier Monate vor der Landtagswahl im Januar 2008“. Zwar deuten alle Umfragen darauf hin, dass die CDU bei der Wahl die Nase vorn haben wird, doch vorsichtshalber kann man dem Esel ja mal eine Möhre vor die Nase halten. Damit aber eines klar ist: „Neue Gesamtschulen sollen nur eingerichtet werden, wenn es die betreffende Kommune als Schulträger unbedingt will.“ Hm... Für die Kommunen ist die Einrichtung einer Gesamtschule vielleicht kein so erstrebenswertes Ziel; da könnten Kosten entstehen. Die Eltern sind es, die unbedingt Gesamtschulen wollen!

Im Kreis Friesland entstand im September flugs ein Aktionsbündnis zur Gründung einer IGS, und im Oktober gab es „rund 150 Besucher bei Auftakt zum IGS-Aktionsbündnis Friesland“ (WZ, 19.10.). Doch „die von CDU und FDP geführte Landesregierung hat zwar zugesagt, weiteren Gesamtschulen grünes Licht zu geben. Gleichwohl hat sie dieses Versprechen bislang nicht in Form einer Gesetzesänderung in die Tat umgesetzt“ (ebd).

Die an einer friesischen Gesamtschule Interessierten machen also Dampf. Wenn sie bis zur Landtagswahl kein klares OK aus Hannover haben, kann es schon passieren, dass Wulff sich nicht mehr erinnern kann, eingelenkt zu haben.

An einer Gesamtschule in Friesland (als Standort ist das Schulzentrum Sande, das Nachwuchssorgen hat, im Gespräch) sind auch Wilhelmshavener Eltern und Kinder interessiert, muss die IGS Wilhelmshaven doch Jahr für Jahr Hunderte von Kindern abweisen – müssten die friesischen Kinder nicht mehr nach Wilhelmshaven drängen, gäbe es mehr Plätze für die Wilhelmshavener SchülerInnen.

Was gab es an der Schulfrente noch in den letzten Monaten? Unser Kultusminister Busemann und seine gleichgesinnten Kollegen warfen im September das deutsche Zentralabitur in die Debatte. In Niedersachsen ist das Zentralabitur ja eine relativ neue Errungenschaft. Als Bestandteil der Busemannschen „Reform“ wurde es 2006 eingeführt. Die „Brennpunkt“-Seite in der WZ vom 12.09. ergriff schon Partei dafür; jedenfalls deutete die spöttische Überschrift „Meine Tests, meine Standards, mein Abi“ darauf hin. Ob einheitliche Abituraufgaben tatsächlich dafür sorgen, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu sichern, sei dahingestellt – sie würden jedenfalls ziemlich viel Druck auf die Kollegien ausüben und zu einer Vereinheitlichung der Unterrichtsinhalte führen. Das verträgt sich eigentlich nicht so gut mit dem niedersächsischen Modell der Eigenverantwortlichen Schule... Oder soll es da doch nur darum gehen, sich alles, was Geld kostet, eigenverantwortlich zusammenzubetteln?

Denn darauf scheint sich diese „Reform“ zu reduzieren. In der Meldung „Schulleiter fordern mehr Autonomie“ (WZ, 19.10.) beklagten niedersächsische SchulleiterInnen, sie würden durch ein Übermaß an Bürokratie behindert und brauchten unbedingt auch Geld für Vertretungsunterricht und Fortbildungen.

Wie auch immer – fünf Wochen nach der ganzen Seite zum Zentralabitur stand dann am 18.10. in einem kleinen Artikel, den man beinahe übersehen konnte: „Kultusminister wollen kein Zentralabitur“ – diese Idee ist also erst mal vom Tisch.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Und dann fand die Stiftung Warentest auch noch heraus, dass in vielen eingeführten Schulbüchern ziemlich viel Unsinn steht. Schön, dass das endlich mal durch eine Untersuchung bestätigt wurde – Lehrkräfte und SchülerInnen hatten das schon längst bemerkt.

Währenddessen fordert die niedersächsische FDP eine „bessere Lehrer-Ausbildung“ (WZ, 27.10.) und behauptet, „es gebe einen zu hohen Prozentsatz von angehenden Pädagogen, die nur Lehramt studierten, weil sie vielleicht nichts anderes gefunden haben“ (ebd). Na, wunderbar! Schröder nannte die Lehrer seinerzeit „faule Säcke“, die FDP bezeichnet sie nun auch noch als Nulpen!

Am 11.11. ging eine Meldung durch die Radiosender, derzufolge Schulkinder in Deutschland sich mit zunehmendem Alter unglücklicher in der Schule fühlen. Das passt zur zunehmenden Anzahl der SchulabbrecherInnen: „Zu viele Schüler hören vor dem Abschluss auf“ (WZ, 4.10.). Und „Kinder fühlen sich schon früh benachteiligt“ (WZ, 25.10.). Die Kinder aus armen Familien merken schon früh, dass sie wenig Chancen haben – vielleicht sollte man da mal hinschauen, statt den Druck zu erhöhen und die Lehrer zu beschimpfen.

Anette Nowak

WWW.BASU-WHV.DE WILHELMSHAVENS BÜRGER -PORTAL

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT



Electrabel: Bürgerinformation geht anders, wenn man veraltete Technik in Form von Kohlekraftwerken gegen innovative Technologien am Bürger vorbei installieren möchte.

ELECTRABEL ANTWORTET NICHT - JEDENFALLS NICHT DEM BÜRGERPORTAL VON WILHELMSHAVEN! Während Politiker im Chor schon wieder das hohe Lied der Arbeitsplätze und Zukunftsinvestitionen herunterbeten und sich die Bundespolitiker eine Diätenerhöhung einverleiben, haben wir versucht ELECTRABEL besser kennenzulernen, so wie es sich auf deren Internetseiten verbrauchergerecht liest. Die politische Prominenz erhält wie immer bei solchen Verfahrensweisen „fast“ alle Informationen, die sich dann so lesen: „Wir würden uns freuen, wenn unser Projekt ihre Zustimmung findet. Wir sind uns unserer besonderen Verantwortung bewusst und stehen ihnen jederzeit für alle ihre Fragen, Hinweise und Anregungen zur Verfügung.“ ...tja, und dem „Bürger vulgaris“ wohl eher nicht, denn seit unserer Anfrage beim „Schönwetterkonzern“ ELECTRABEL herrscht kommunikativ Totenstille. Wir fanden heraus, dass ELECTRABEL, das laut Presse in Brunsbüttel parallel anfragt, um dort ein Kohlekraftwerk zu bauen, dort gar nicht vorkommt - kein Wort von Electrabel im Rat von Brunsbüttel, statt dessen hoher Druck in Wilhelmshavens Kommunalpolitik. **UND NUN?** - nun ist dieser Lobbyismus auch in Wilhelmshaven angekommen und macht Druck, damit die Wilhelmshavener gar nicht erst auf die Idee kommen, nachzudenken - allen voran „unser“ OB Eberhard Menzel! **TOLL [-dreist]!?**

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!

Transparente Energiepreise

WHV-Bürgerinitiative "Kampf gegen zu hohe Energiepreise" weiter im Aufwind

(hk) Die Bürgerinnen und Bürger haben die Schnauze voll von ständig steigenden Energiepreisen! Bundesweit formiert sich der Widerstand gegen die Energiekonzerne, die den Menschen den letzten Cent aus der Tasche holen wollen. In Wilhelmshaven organisiert seit über 2 Jahren die Bürgerinitiative "Kampf gegen zu hohe Energiepreise" (BI) den Widerstand gegen die willkürliche Preispolitik der GEW Wilhelmshaven. Die öffentlichen Sprechstunden der BI sprengen dabei jedes Mal Wilhelmshavens Veranstaltungssäle.

So auch am 6. November im Kreuzelwerk. Bis auf den Flur standen die interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Es ging auf der Veranstaltung natürlich um die Erdgas-Vertragsumstellung der GEW, über die die BI in einer Anzeige in der Wilhelmshavener Zeitung vom 17. Oktober die Wilhelmshavener Bevölkerung informiert hatte.

Die GEW hatte daraufhin am 24.10.2007 eine Anzeige geschaltet, in der sie die Argumente der BI Punkt für Punkt auseinanderpflückte. Die Verunsicherung der WilhelmshavenerInnen war groß – forderte die BI sie doch auf, die Unterschrift unter den neuen Vertrag zu verweigern. Die GEW dagegen in ihrer Anzeige:

Um mit den Kunden auch weiterhin auf Basis dieser vorteilhafteren Preiskonditionen abrechnen zu können, ist es jedoch notwendig, dass ein entsprechender Vertrag per Unterschrift vom Kunden bestätigt wird. Liegt keine entsprechende Unterschrift vor, hat das zur Folge, dass die Kunden in die ungünstigere Grundversorgung eingestuft werden müssen. Um dies im Interesse der Kunden zu vermeiden, wurde den Kunden ein neuer Vertrag angeboten. Soweit die Fakten ...

Die BI hält dagegen: Unterzeichnet man den neuen Vertrag – wovon sämtliche von der BI Energiepreise kontaktierten Verbraucherzentralen sowie der Bund der Energieverbraucher dringend abraten – akzeptiert man alle darin enthaltenen Bedingungen.

Genau das ist, so die BI, die Absicht der GEW! Vorbehalte nützen nichts, weder bei Zahlungen noch bei vertraglichen Fragen. Geld zurück gibt es nicht!

Die Bürgerinitiative konnte dann auf der Veranstaltung deutlich machen, dass keines der von der GEW vorgebrachten Argumente stichhaltig ist. Im Gegenteil: An verschiedenen Rechenbeispielen wies die BI nach, dass die GEW mit falschen Zahlen jongliert. Sie kommt jedenfalls zu dem Ergebnis, dass der Gaskunde auf jeden Fall mehr bezahlen muss – ob er unterschreibt oder nicht!

Die BI dazu: "Hat jemand bereits den Knebelvertrag unterschrieben, wäre zu prüfen, ob diese Verträge annulliert werden können, weil sie ggf. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und unrechtmäßig zustande kamen. Das wäre dann Betrug in höchster Vollendung.

Diese Kostenrechnung liegt der GEW vor, und sie wurden zu Korrekturen aufgefordert, wenn etwas daran falsch oder anders ist" Die Bürgerinitiative machte auf der Veranstaltung auch klar, dass sie kein Interesse daran hat, gegen die GEW zu klagen. "Wir wollen doch nur, dass die GEW faire und transparente Preise macht. Es geht doch nicht darum, die GEW plattzumachen", so ein Sprecher der Bürgerinitiative. Und weiter: "Wir zweifeln die Billigkeit der gesamten Preise an, nicht nur

die Erhöhungen! Die Kalkulation ist offenzulegen."

Ein Sprecher der Bürgerinitiative: "Etwa 2 1/4 Jahre drohen die GEW und EWE mit juristischen Konsequenzen, wenn jemand nicht zahle. Bis heute erfolgte jedoch keine Klärung, obwohl wir die GEW ständig auffordern zu klagen. Die GEW hat es weder mir gegenüber noch in einem Verfahren am Amtsgericht Wilhelmshaven geschafft, die Billigkeit ihrer Preise nachzuweisen. Die GEW hat auch bis heute nicht erklärt, worauf sie ein Recht zu einseitigen Preiserhöhungen herleitet."

Zur Frage der neuen Verträge und der Überrumpelung der Kunden laufen Strafanzeigen und eine Untersuchung der Landeskartellbehörde.

Das Bundeskartellamt hält Änderungskündigungen gegenüber Verbrauchern, die unter Berufung auf § 315 BGB Preiserhöhungen nicht bezahlen, für unzulässig. Das stelle einen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung dar. Gleiches gilt für die Praxis mancher Versorger, in dieser Situation Sonderverträge mit Verbrauchern zu kündigen und Kunden in den teureren Grundversorgungstarif herabzustufen. Sollten Unternehmen künftig dagegen verstoßen, müssen sie mit Verfahren rechnen, so der frühere Kartellamtspräsident Böge. Diese Einstellung wurde vom Bundeskartellamt jetzt bekräftigt.

Politiker zu Gast

Der Bürgerinitiative ist klar, dass sie ihre Forderungen und Vorstellungen nicht einfach so durchsetzen kann. Darum setzt sie auch auf die Unterstützung der Politik. Zur Sprechstunde am 6. November hatte sie die Landtagskandidaten der Parteien eingeladen. Neben Dr. Uwe Biester (CDU) und Werner Biehl (Bündnis 90/Grüne) fanden sich nur noch Anette Nowak für Die Linke und Frank Uwe Walpurgis für die Freien Wähler Niedersachsen auf dem Podium ein. Die FDP ist eine kleine Partei – und da Frau Bauermeister gerade in Berlin weilte, blieb der Platz der Liberalen frei.

Doch was sich die SPD da mal wieder leistete, lässt Schlimmes befürchten. Eingeladen war der Landtagskandidat Norbert Schmidt. Dieser konnte jedoch nicht, weil er bei den SPD-Frauen schon zugesagt hatte. Einen Vertreter konnte GEW-Aufsichtsratsmitglied Norbert Schmidt nicht benennen. Spannend wäre es sicher gewesen, wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Siegfried Neumann, ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrates der GEW Wilhelmshaven, den Termin wahrgenommen hätte. Doch der Herr Neumann wollte die Chance nicht nutzen.

Ob der Veranstaltungsteilnehmer, der ge-

genüber dem Gegenwind erzürnt die Vermutung äußerte, dass da wohl der Oberbürgermeister Menzel als Vorsitzender des Aufsichtsrates seinen Leuten einen Maulkorb umgehängt habe, so völlig daneben liegt?

Aktiv werden

Die Bürgerinitiative bleibt ihrer Strategie treu. Sie empfiehlt weiterhin den BürgerInnen, den Vertrag der GEW nicht zu unterzeichnen und ebenfalls die Erhöhungen bei den Strompreisen nicht mitzutragen. Die Verjährungsfrist für Forderungen der GEW betrage drei Jahre. □

**Wenn Sie auch mit der Preisgestaltung der GEW unzufrieden sind, wenn Sie wollen, dass die GEW endlich ihre Kalkulation offen legt – dann unterstützen Sie die WHV-Bürgerinitiative "Kampf gegen zu hohe Energiepreise",
Kontaktadresse: Hans Eber,
Sven-Hedin-Str 63,
26389 Wilhelmshaven.**

KULTUR - KOMMUNIKATION

KLING KLING

WHV Zentrum
Börsestr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

Mittwoch, 14. November 5,00 Euro

DOS HERMANOS
20:30 Uhr
Lo-Fi Country-Blues-Landler-Polka

Freitag, 23. November 21:00 Uhr

SANAGI
Norway/Japan
ElectroBeats - Folktronic

Freitag, 30. November

SPOONER präsentiert
DELICIOUS DISCO - NORTHERN SOUL

www.kling-klang-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen

Leider unverzichtbar: Der "Wendepunkt"

Seit nunmehr 12 Jahren unterstützt der "Wendepunkt" benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien in Wilhelmshaven. Im November 1995 als gemeinnütziger Verein gegründet, erfolgte im September 1999 die Umwandlung in eine gemeinnützige Gesellschaft. Zuvor war der "Wendepunkt" bereits als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt, seit Januar 2002 ist er Mitglied im AWO-Kreisverband Wilhelmshaven. Vor einem Jahr wurde der "Wendepunkt" im Sinne des Qualitätsmanagements zertifiziert.

Regelmäßig legt der "Wendepunkt" einen Bericht über die Aktivitäten des zurückliegenden Jahres vor. Ein Novum: Den jetzt vorliegenden Jahresbericht 2006 erstellten angehende ErzieherInnen der Fachschule Sozialpädagogik an der BBS. Dazu recherchierten sie nicht nur beim "Wendepunkt"; auch im Rathaus, einer Grundschule und bei der Druckerei waren die jungen RedakteurInnen aktiv. Ihre Interviews, aber auch die Schilderung eines fiktiven, doch realistischen Falles von Kinderarmut machen den Bericht besonders lebendig.

Eine Kernaufgabe des "Wendepunkt" ist die Familienhilfe (§ 31 KJHG – Kinder- und Jugendhilfegesetz). 2006 wurden 32 Familien mit 77 Kindern sozialpädagogisch begleitet. Beendet wird diese Hilfe nach durchschnittlich 11 Monaten, in einem Drittel der Fälle plangemäß; Ergebnis kann jedoch auch sein, dass die Kinder außerhalb der Familie untergebracht werden. Voraussetzung für diese Hilfe ist (auch nach Gesetz) die Mitarbeit der betroffenen Familie; wird diese dauerhaft verweigert, führt dies zum Ende der Hilfeleistung.

Erziehungsbeistand (§ 30 KJHG) wurde in 29 Fällen geleistet. Weitere langfristige Angebote sind die Müttergruppe, die Mädchengruppe, der Miniclub sowie zwei interkulturelle Jungengruppen. Eine davon baute ein Holzhaus auf dem Gelände des "Wendepunkt" und übte dabei Konfliktlösung, Einhaltung von Regeln und den Umgang miteinander.

16 MitarbeiterInnen sind regelmäßig beim "Wendepunkt" tätig, dazu kommen 11 ehrenamtliche UnterstützerInnen des Projektes "Essen für Kinder" (an dem seit mehreren Jahren auch BBS-Klassen beteiligt sind, die dafür andere Aufgaben hintenanstellen). 180 Schulkinder werden so unter der Woche mit warmen Mahlzeiten versorgt, gekocht von der BBS, der AWO, dem St. Willihad-Hospital und dem Evangelischen Seniorenzentrum, finanziert ausschließlich von Sponsoren / Spendengeldern.

Jetzt wieder aktuell ist das vorweihnachtliche Projekt "Geschenke für Kinder". Nur durch Spenden können den betreuten Kindern und Jugendlichen bestimmte Wünsche erfüllt werden. Die Eltern gehen zusammen mit MitarbeiterInnen des "Wendepunkt" einkaufen und werden auch beim Einpacken unterstützt. Es wird eine sorgfältige Auswahl getroffen, auch Kleidung und Schuhe stehen auf der Liste sowie Dinge für sportliche oder musisch-kreative Freizeitgestaltung.

Unterm Strich ist der "Wendepunkt" bzw. dessen Arbeit eine feste Größe in unserer Stadt, in der knapp ein Drittel aller Kinder von Sozialgeld lebt. In der Südstadt, wo der "Wendepunkt" beheimatet ist, stammen fast 2/3 aller Kinder aus benachteiligten Gruppen. Ohne die zahlreichen Spenden, die im Pressespiegel des Jahresberichtes gewürdigt werden, wäre diese Arbeit nicht möglich. (iz)

"Wendepunkt" gGmbH, Kreuzstr. 49, 26382 Wilhelmshaven. Bankverbindung: Sparkasse Wilhelmshaven, BLZ 282 501 10. Spendenkonten: "Essen für Kinder" 2433449 / "Geschenke für Kinder" 2433662 / "Sonstige Projekte" 3400066

Die Stunde der Scharfmacher

Dr. Rolf Gössner warnt vor den Folgen der aktuellen Sicherheitsdebatte, die nach den spektakulären Festnahmen mutmaßlicher islamistischer Terroristen immer hitziger wird. Die jüngsten Vorschläge der Innenminister-Konferenz, den Besuch von so genannten Terrorcamps auch ohne Straftatverdacht sowie die Sympathiewerbung für mutmaßliche terroristische Vereinigungen und Aktivitäten (wieder) unter Strafe zu stellen, seien mit Bürgerrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien schwer zu vereinbaren. Die fortschreitende Entgrenzung des Rechtsstaats mit uferlosen Antiterrorgesetzen könne letztlich zu Willkür, Zensur und einer Vergiftung des politischen Klimas führen.

Rolf Gössner kommt angesichts der bisherigen Antiterrorpolitik zu dem Schluss: "Für ein vages Sicherheitsversprechen bezahlt die Bevölkerung mit schweren Grundrechtsverlusten einen hohen Preis. Doch weder in einer hochtechnisierten Risikogesellschaft noch in einer liberalen, offenen Demokratie kann es einen absoluten Schutz vor Gefahren und Gewalt geben. Unhaltbare Sicherheitsversprechen und ein ausuferndes Sicherheitsdenken, wie wir es nicht nur hierzulande erleben, können zerstören, was sie zu schützen vorgeben: Demokratie, Freiheit und Bürgerrechte, die im Zuge des staatlichen Antiterrorkampfes ohnehin schon schweren Schaden erlitten haben."

**"MENSCHENRECHTE IN
ZEITEN DES TERRORS -
Kollateralschäden
an der 'Heimatfront'"**



Deckname: Trojaner

Dr. Rolf Gössner über sein neues Buch
und zum Thema
15. November 2007, 19.30 Uhr
Gewerkschaftshaus in Wilhelmshaven,
Weserstraße 51 / Ecke Virchowstraße

Antifaschistisches Bündnis Wilhelmshaven



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Mütter Zentrum

Wertstr. 45
Tel. 506 106

Sagenhaftes rund um die Winterzeit

**Mythen, Sagen und das
Brauchtum der
Wintermonate.**

**Was hat es auf sich mit
den Kränzen, den Kerzen,
dem Weihnachtsbaum?**

**Was sagen uns die
Bäume und Pflanzen in
der Winterzeit?**

**Daniela Wolff,
Heilpraktikerin und
Kräuterfrau, wird uns
am Freitag,
den 30. Nov. 2007**

**von
19.30 bis 21.30 Uhr
dazu Sagenhaftes zu
berichten haben.**

**Beitrag: 10.00 €
Anmeldung mit
Vorkasse wichtig**

Öffnungszeiten Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

15.00 - 18.00 Uhr



hartz IV und recht

Die nächste Schulfahrt kommt bestimmt

Zwei Gerichtsurteile zum Thema Klassenfahrten

(noa) Bei all den wichtigen und brandaktuellen Streitpunkten zwischen dem Wilhelmshavener Job-Center und seinen Kunden mussten wir die Berichterstattung über zwei Urteile vom Juli und August 2007 bis heute hinausschieben. Doch die nächste Klassenfahrt auch für Kinder von Hartz IV-BezieherInnen wird sicher stattfinden.

Unsere LeserInnen wissen es: Der Hartz IV-Regelsatz für Kinder enthält keine Summen für Schulbedarf. Bücher, Hefte, Turnschuhe, Tornister usw. usf. sollen Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften sich offenbar vom Munde absparen. Und dann kommt dann noch beinahe unweigerlich einmal jährlich eine Klassenfahrt! Doch diese kann, sofern sie mehrtätig ist, als einmalige Beihilfe beantragt und sollte auch vom Job-Center bezahlt werden. Und das klappt nicht immer so, wie es das Gesetz vorsieht.

Ein Realschüler aus Speyer nahm im Mai 2006 an einer Klassenfahrt nach Cardiff in Wales teil und beantragte die Erstattung der Kosten. "Mit Bescheid vom 1. August 2006 lehnte die Beklagte den Antrag auf Übernahme der Kosten der Klassenfahrt ab, weil nicht mindestens 90 v.H. der Schüler hieran teilgenommen hätten." Der Widerspruch gegen diesen Bescheid wurde ebenfalls zurückgewiesen mit der Begründung: "Die Richtlinien des kommunalen Trägers stellten darauf ab, dass Kosten für eine mehrtätige Klassenfahrt nur übernommen werden könnten, wenn mindestens 90 v.H. der Klassenschüler daran teilnehmen würden. Dies sei vorliegend nicht der Fall." (Drei Schüler hatten krankheitsbedingt nicht mitfahren können.)

Das Sozialgericht Speyer stellte klar, dass es für die Frage der Erstattung der Kosten für eine Klassenfahrt nicht auf die vollzählige oder nahezu vollzählige Teilnahme der MitschülerInnen ankommt, sondern darauf, ob sie "im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen" stattfindet, und urteilte: "Die pädagogische Gestaltung des Unterrichts und die Umsetzung des Lehrplanes obliegt allein

den Schulen und nicht den Sozialleistungsträgern oder Gerichten. (...) Denn die Schulen haben den (...) Bildungs- und Erziehungsauftrag zu verwirklichen und den Schülern dabei ausschließlich unter Beachtung ihrer Begabung *und folglich ohne Rücksicht auf ihre Herkunft oder wirtschaftliche Lage* (Hervorhebung von noa) Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln. Hält sich daher eine Klassenfahrt im Rahmen dieser schulrechtlichen Bestimmungen, sind weitergehende Erwägungen über ihre Notwendigkeit oder Angemessenheit weder von Sozialleistungsträgern noch von Gerichten anzustellen."

Allerdings lehnte das Gericht den Anspruch des jungen Mannes auf das Taschengeld für die Sprachreise ab: "Der Anspruch des Klägers (...) umfasst neben dem eigentlichen Preis für die Klassenfahrt keine weiteren Leistungen. Insoweit kämen nach Auffassung der erkennenden Kammer allenfalls gesondert zu erbringende Nebenkosten wie beispielsweise Eintrittsgelder für kulturelle Veranstaltungen in Betracht. Denn gerade das kulturelle Programm prägt in der Regel die pädagogische Zielsetzung und den Zweck von Klassenfahrten. (...) Demgegenüber ist ein - allgemeines - Taschengeld nicht von der Beklagten zu erbringen, weil es weder die pädagogische Zielsetzung noch den Zweck von Klassenfahrten prägt. Es ist daher nicht als Sonderbedarf im Sinne von § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 SGB II, sondern als bereits durch die Regelleistung abgedeckt anzusehen." (Alle Zitate aus dem Urteil des Sozialgerichts Speyer vom 08.08.2007, Az.: S 3 AS 643/06)

Diesen Punkt sah das Verwaltungsgericht

Versuch macht klug

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken in der Südstadt!

Bremen in seinem Beschluss vom 20.07.2007 (Az: S8 K 774/07) anders. Hier heißt es: "Die Kosten für eine Klassenfahrt sind in voller Höhe zu erstatten; die Beklagte kann den Kläger nicht auf ersparte Aufwendungen während der Abwesenheit des Klägers verweisen, denn derartigen ersparten Aufwendungen für den häuslichen Lebensunterhalt (insbesondere für Verpflegung) steht regelmäßig das Erfordernis eines angemessenen Taschengeldes in mindestens dieser Höhe für die Klassenfahrt gegenüber."

Ganz vergleichbar sind diese beiden Fälle nicht. In diesem Rechtsstreit ging es um ein Taschengeld, das die Schule als "sonstige Kosten für (...) Busfahrten am Ort, Eintrittsgelder und Taschengeld" angegeben hatte, also Geld, das nach dem Speyerer Urteil nur zum Teil zu erstatten wäre.

Der Fall: Die Behörde hatte einem Schüler die Kosten für eine Klassenfahrt nur teilweise zugestanden. Bezüglich des Taschengeldanteils von 30 € hatte sie ihn darauf verwiesen, "die Kosten für Busfahrten am Ort, Eintrittsgelder, Taschengeld etc. seien bereits Bestandteil der Regelleistung und seien daher selbst aufzubringen." Während seiner Abwesenheit von zu Hause entstünden für ihn ja keine Verpflegungskosten, "so dass eine Finanzierung aus diesen eingesparten Beträgen kompensiert werden könne." Und dazu befand das Verwaltungsgericht in seinem Beschluss: "Der Kläger hat einen Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Klassenfahrt seines Sohnes in tatsächlicher Höhe. Anspruchsgrundlage hierfür ist § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 des SGB II. Nach dieser Vorschrift sind Leistungen für mehrtätige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen nicht von der Regelleistung umfasst. Vielmehr werden sie gemäß Satz 2 der Vorschrift gesondert erbracht. Der Gesetzeswortlaut enthält keinen Hinweis darauf, dass die Beklagte (...) zu einer Begrenzung der Kosten berechtigt wäre."

Soweit zwei unterschiedliche Gerichte zum gleichen Thema, soweit die gesetzlichen Gesichtspunkte. Unter sozialen Gesichtspunkten bleibt zu hoffen, dass in künftigen Fällen die Rechtsprechung im Tenor des Bremer Beschlusses und nicht des Speyerer Urteils erfolgen wird. Denn ob die pädagogische Zielsetzung einer Klassenreise erreicht wird, wenn ein armer Schüler zwar mitfahren darf, aber in der Freizeit nicht mit seinen MitschülerInnen ein Eis essen gehen kann, ist fraglich. ☐

Jonathan



Naturkost

**Sie kaufen noch selber ein?
Warum?**

Es gibt doch die Abo-Kiste!

**Informieren Sie sich über unser äußerst praktisches Angebot!
Oder kommen Sie in unseren "Wohlfühladen"...**

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Gemischtwarenladen

(iz) Mehrere Unfälle überschatteten schon im Vorfeld die aktuelle Aufführung von Shakespeares "Kaufmann von Venedig" an der Landesbühne. Dicht vor der Premiere zwei verletzte Schauspieler, Um- und Neubesetzungen – trotz alledem entschied man sich, das Stück wie geplant auf die Bühne zu bringen.

Doch der letzte, entscheidende Unfall war die Inszenierung selbst:

- Die Aufführung hat ein arg chaotisches Konzept.
- Man erlebt ein Sammelsurium bunter Ideen, denen aber der rote Faden fehlt.
- Der gesamte Abend hat dadurch keine Spannung, keine Stringenz.
- Selbst die guten Schauspieler-Leistungen können das nur zum Teil wieder wettmachen.

Dieser zusammengefassten Kritik wohnt gleichzeitig ein Trost inne: Die kursiven Zeilen sind O-Ton einer WDR-Kritik zur Inszenierung des "Kaufmanns" am Kölner Schauspielhaus (2005). Sprich: An dem Versuch, diesen Shakespeare "modern" im Sinne von "schrill und bunt" umzusetzen, haben sich schon andere die Finger verbrannt.

Ist ja auch eine komplexe Geschichte: Der junge Kaufmann Antonio besorgt sich beim jüdischen Geldverleiher Shylock für einen Freund das nötige Kapital, damit dieser bei seiner Angebeteten Eindruck schinden kann. Shylock ist es leid, ständig geächtet und gleichzeitig angepöppelt zu werden. Im Namen der Ehre verzichtet er in diesem Fall auf Zinsen; stattdessen soll ihm Antonio, wenn er das Geld nicht zum vereinbarten Termin zurückzahlen kann, ein Pfund seines eigenen Fleisches abtreten. Aus dem Spiel wird Ernst, als dem sonst so erfolgreichen Antonio die Geschäfte nicht glücken. Shylock fordert vor Gericht die Erfüllung des Vertrages, das venezianische Recht soll auch für ihn gelten, das will er sich auch gegen Rückzahlung eines Vielfachen der geschuldeten Summe nicht mehr abkaufen lassen. Und macht die Erfahrung, dass er am Ende der vielfach Geächtete ist ...

Bis heute streiten sich Fachwelt wie ZuschauerInnen: Ist hier der Antisemitismus ein

Kernthema, oder hat Shakespeare eher beiläufig das provokative, diabolische Element einem Juden zugeschrieben? Ist Shylock nur der Spiegel für die junge, von Geld wie Überdruß geprägte (venezianische) Gesellschaft und diese eigentliches Thema des Stückes? Zur Ambivalenz Shakespeares zitiert die Landesbühne den bedeutenden Regisseur Peter Brook: "Shakespeare ergreift nicht Partei, propagiert keine Wahrheiten und liefert keine Richtlinien zur Bewältigung des Lebens. In dem er Probleme aufwirft, ohne sie durch zeitbedingte Antworten zu verschleiern, fordert er jede Generation aufs Neue dazu heraus, ihre eigenen Haltungen zu finden."

Eine Möglichkeit: Man setzt das Stück (ausnahmsweise) eng an der historischen Vorlage in Szene und überlässt es dem Publikum, den Bezug zur eigenen Lebens- und Erfahrungswelt zu bewerkstelligen. Oder aber (und so ist es üblich) Regie und Dramaturgie erleichtern den Zuschauern den Transfer, indem sie aktuelle zeitliche / räumliche / inhaltliche Bezüge herstellen, wobei gleichzeitig ein subjektiver Blickwinkel ins Spiel kommt.

Kochheim zieht hier alle möglichen Register. Wenn man sich anstrengt und konzentriert, finden sich in dem unstrukturierten Chaos auf der Bühne alle möglichen Bilder und Symbole, die mal in diese, mal in jene Richtung weisen, sich aber beim besten Willen nicht zu einem Ganzen fügen. Theater soll zwar nicht zwingend möglichst leicht verdaulich sein, darf aber auch nicht zum Quiz ausarten: "Was hat sich der Regisseur da nun wohl bei gedacht? Was soll das jetzt in mir auslösen?" Höchstens umgekehrt: "Da wurde eben was in mir ausgelöst – wie, mit welchen Mitteln hat der Regisseur das geschafft?"

Pogrome "light"

Geradezu irreführend die Eingangsszene: Etwa eine Viertelstunde lang zerlegen Antonio und seine Freunde, als "moderne" Nazis maskiert, das penibel aufgeräumte Kontor Shylocks, schweigend und wie in Zeitlupe. Aha, denkt man, Kochheim rückt den Antisemitismus in den Fokus. Das scheint plausibel und berechtigt, wenige Tage vorm Jahrestag der Reichspogromnacht. Doch betroffen macht hier nur, dass diese Plünderungs- und Gewaltszene, mit Verlaub, grottenschlecht umgesetzt ist, lustlos abgospult. "Schülertheater", meint ein anwesender Kunstpädagoge (wobei er mit diesem Vergleich vielen SchülerInnen Unrecht tut). Einen Judenstern kriegt Shylock noch aufgeklebt, aber damit ist das Dritte Reich abgehakt, nirgends wird später nochmals erkennbar der Bogen geschlagen – doch ja, das eingelenkte Scherbenklirren eingangs der Gerichtsverhandlung ... dann sollte man es gleich weglassen, dazu ist das Thema zu bedeutend, als es, quasi quotenmäßig, nur mal kurz einzuflechten. Wozu kniet sich Stefan Ostertag eigentlich so in die Rolle des Shylock rein, der erst in der Schlusszene (dem besten Drittel der Aufführung) wieder Bedeutung erlangt?

Dazwischen steht nämlich die gelangweilte Spaßgesellschaft im Mittelpunkt, und

um den Bogen zu schlagen von Venedig bis heute, na? ... hantieren sie auf der Bühne mit Handys und Laptops. Wie einfallsreich. Zu Recht schüttelt der Kunstpädagoge den Kopf, wie profan-plakativ darf es bitte noch sein?

Da war ja noch was bei Shakespeare: "Das Heilige wird mit dem Höllischen konfrontiert, der tiefe Ernst mit ausgelassener Komik", so Peter Brook. Beim "Kaufmann" ist der Grat zwischen Komödie und Tragödie besonders schmal – und bei Kochheim ist es keines von beidem. Das schrille Rumgehampel der Mädels ist einfach nur albern, pubertär, aber nicht komisch. Dass es nicht an den Schauspielern lag, dass sie nur einfach keine Möglichkeit hatten, sich zu erden, zeigt sich zwischendrin immer mal wieder, wenn es ihnen doch gelingt. Wirklich komisch und gekonnt die Rap-Einlage von Lorenzo (Peter Lindhorst) und Jessica (Laura Jakschas) vor der Bühne. Und wirklich tragisch der Blick ins Innerste von Antonio (Christoph Angerer) in seiner schier ausweglosen Situation. Doch außer diesen wenigen "Markenprodukten" blieb Kochheims "Kaufmann" ein Gemischtwarenladen, in dessen Unordnung jedes Stilmittel, jedes Symbol verramscht wurde.

Der Kollege von der WZ hat sich die Mühe gemacht, den Regisseur zu verstehen: "Kochheim spannt den Bogen von Shakespeare bis zur sinnentleerten Spaßgesellschaft der Gegenwart, in der einfache praktische Fragestellungen nicht mehr gelöst werden können." Kann man so stehen lassen – doch aus unserer Sicht hat Kochheim den Bogen ÜBERspannt, zumal man Auschwitz nicht spielerisch anreißen und dann so stehen lassen darf.

Abschließend zitieren wir nochmals aus der Kölner Kritik an der Kölner Inszenierung, die sich frappierend mit unserer an der hiesigen deckt: *Um diese fiese Story aufzulockern, hat die Regie viele bunte Mätzchen eingebaut. In nur wenigen Schlüsselszenen hat man das Gefühl, dass mal kurzzeitig richtig Spannung aufkommt. Und das liegt dann vor allem an den Schauspielern, die einfach gut sind. Das Meiste wirkt aber wie oberflächliche Fernseh-Unterhaltung. Die eigentlich so packende Geschichte von Shakespeare geht hier vor lauter wilden Regie-Ideen fast schon unter. Wirklich gutes Theater ist was anderes. Nach der Premiere gab's dennoch freundlichen Applaus, die Zuschauer waren aber sehr geteilter Meinung.* Auch in Wilhelmshaven: Nach der Pause hatten sich die besetzten Plätze nicht dramatisch, aber deutlich gelichtet. "Der Premierenbeifall fiel nicht enthusiastisch aus, zeugte aber von herzlicher Anerkennung" (Jeversches Wochenblatt), und noch beim Verlassen des Saals rätselte manche/r laut vor sich hin: "Was hatte das jetzt mit Shakespeare zu tun?" □

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Rügener kommt!

Unser Ratsherr läuft – wie die anderen Ratsfrauen und –herren auch – regelmäßig gegen eine Wand. Will man über die Müllabfuhr, über das Krankenhaus oder sonst über eine Institution, die eine Dienstleistung der Daseinsvorsorge anbietet, etwas Finanzielles erfahren, dann gibt es keine Auskunft, denn das sind Geschäftsgeheimnisse. Selbst wenn es um einen städtischen Eigenbetrieb geht, erfahren die Ratsvertreter nichts Konkretes. Und wissen alle Bürger und Bürgerinnen, die eine solche Dienstleistung in Anspruch nehmen, überhaupt, ob es sich um einen städtischen Eigenbetrieb oder ein Privatunternehmen handelt? Wie viele vormals kommunale, landeseigene oder staatliche Institutionen sind eigentlich schon längst zu Privatunternehmen geworden?

Der Publizist und Berater Dr. phil. Werner Rügener beschäftigt sich u.a. mit diesen Fragen. Eines seiner Bücher trägt den Titel "Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz". Rügener ist Lehrbeauftragter an der Kölner Universität und stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes von "Busi-

ness Crime Control". 2002 wurde er vom Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen mit dem Journalistenpreis ausgezeichnet. Dieser renommierte Fachmann zum Thema Privatisierung kommt auf gemeinsame Einladung des DGB, der LINKEN und der LAW nach Wilhelmshaven. Wer sich über dieses Thema schlau machen will, soll sich schon mal vormerken:

Dienstag, 11. Dezember 2007, 20.00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51 – Rügener!

Nein, nein, nein, nein, nein!

Wir veröffentlichten in unserem Inserat im letzten Gegenwind fünf kleine Anfragen unseres Ratsherrn Johann Janssen zur Rats-sitzung am 17.10.2007. Die Antworten waren ebenso entmutigend wie wortreich. In Kürze: Zur Frage einer Zusammenarbeit der Stadt mit dem "Netzwerk gegen Rechts" antwortete der OB, es habe doch im Rat eine Resolution gegen Rechtsextremismus gegeben, und im übrigen habe das Netzwerk die Stadt oder den OB nicht eingeladen. Zur Frage danach, ob die Stadt Wilhelmshaven Geld aus dem Bundestopf

"Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" beantragt hat oder beantragen wird, antwortete Herr Stoffers, dass das nicht möglich sei, da die Stadt die erforderlichen Komplementärmittel nicht habe. Zur Frage, ob die Stadt eine Möglichkeit habe, zu verhindern, dass sexistische Plakate wie das zur Erotikmesse aufgehängt werden, antwortete Herr Graul: Im Prinzip nein, und außerdem sei das Plakat von der Verwaltung als noch tolerabel eingestuft worden. Zur Frage, ob für die rauchenden Ratsmitglieder ein Raucherraum eingerichtet werden könnte, antwortete Herr Stoffers, dass dieser dann auch für rauchende Besucher des Rathauses offen sein müsste und dass dann auch in anderen öffentlichen Gebäuden Raucherräume eingerichtet werden müssten, und dafür sei kein Platz. Und schließlich zur Frage, ob man mal z.B. einen Handwerker- und Künstlermarkt organisieren könne, antwortete Herr Graul, die Verwaltung bezweifle, ob es dafür überhaupt einen Bedarf gibt. – Naja, probieren konnte man es ja mal.



LAW WählerInnengemeinschaft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit
linke alternative wilhelmshaven

Gemeinsam stark für soziale Gerechtigkeit!

Wilhelmshaven hilft Xirathes

Am 31. Oktober hatten Wilhelmshavener BürgerInnen ins Pumpwerk geladen, um dem von der Brandkatastrophe schwer getroffenen griechischen Dorf Xirathes zu helfen. Wie in alten Pumpwerktagen gab es griechische, spanische und irische Tänze, es gab Rockmusik und es gab die unvergessenen Athenians. Draußen lockten griechische Spezialitäten vom Grill; es gab griechischen Wein und griechisches Bier. Wilhelmshavens Oberbürgermeister hatte die Schirmherrschaft, und die Anwesenheit des griechischen Vize-Konsuls unterstrich die Bedeutung des Benefiz-Abends. Wer erinnert sich nicht an die Internationalen Feste im früheren Pumpwerk - das war Pumpwerk in Reinkultur! Es muss natürlich auch die Frage gestellt werden, wie es angehen kann, dass ein Land wie Griechenland nicht in der Lage war, die Brandkatastrophe in den Griff zu bekommen. Die Menschen wurden völlig alleine gelassen, während der griechische Staat versuchte, mit seiner schlecht gerüsteten und ausgebildeten Feuerwehr irgendwelche historischen Stätten zu sichern.

In der Zeitschrift "Konkret" heißt es dazu im Oktober-Heft: *"Die Ursachen für das Desaster sind bekannt: Es war noch heißer als sonst, die Winde waren heftiger, die Pyromanen zahlreicher und die Bodenspekulanten gieriger, die Feuerwehren schlechter ausgestattet denn je. Warum das Material bei den Brandschützern so knapp ist und anderswo so reichlich, ist ein nationales Tabu: Weil das Land immer mehr Waffen kaufen muss, angeblich. Über 318 Kampfflugzeuge verfügt die griechische Luftwaffe derzeit, darunter 59 F16 der neuesten Generation. Dagegen stehen 20 einsatzfähige (zum Teil ziemlich angejahrte) Löschflugzeuge vom Typ Canadair. Da muss man, wenn's mal brennt, woanders um Hilfe bitten."*

Jochen Bolles, einer der Organisatoren des Benefiz-Konzertes, erwähnte in seinem einleitenden Statement, dass die angelaufene Hilfe nicht immer und vollständig dorthin gelangte, wo sie gebraucht wurde. Vieles versickerte irgendwo auf dem Weg vom Spender zum Empfänger.

Hier wird deutlich, wie wichtig es ist, eine unabhängige Hilfsstruktur zu installieren. Die Initiative von Jochen und Tina Bolles und Beate König-Horst ist ein guter Schritt zur direkten Hilfe für die betroffenen Menschen.

Weiter geht es mit der Hilfe am 21. November – siehe nebenstehendes Plakat. (hk)



**BENEFIZ
FUSSBALLSPIEL
FÜR GRIECHENLAND**

SV Wilhelmshaven - Auswahl WHV/FRI

Mi. 21. Nov. 2007
19 Uhr, Jadestadion Wilhelmshaven

Eintritt 5,- EUR / VIP-Bereich 15,- EUR (Kinder und Jugendliche in Begleitung der Eltern frei)